

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 10.11.2018

Von Knut Mellenthin
12.11.2018

Geisel einer Minderheit

Pakistans Islamisten verhindern Freilassung von Asia Bibi



Islamisten protestieren am Donnerstag in Karatschi gegen den Freispruch für eine der »Blasphemie« angeklagte Christin

Foto: Akhtar Soomro/Reuters

Eine Pakistanerin, die wegen »Blasphemie« die letzten acht Jahre in der Todeszelle verbrachte, bleibt auch nach einem Freispruch durch das Oberste Gericht des Landes weiter in Lebensgefahr. Pakistan hat auf diesem Gebiet eine Gesetzgebung, die selbst in strikt islamischen Ländern als extravagant gelten muss. Einerseits wurde bisher nicht ein

einziges von Gerichten ausgesprochenes Todesurteil wegen »Beleidigung« des Korans und des Propheten Mohammed tatsächlich vollstreckt. Andererseits gab es im Zeichen dieses Vorwurfs eine unbekannte Zahl von Morden, die mit der offiziellen Angabe »über 70« vermutlich bei weitem zu niedrig angesetzt ist. Durch Attentate oder die Gewalt entfesselter Lynchmobs wurden nicht nur direkt Beschuldigte getötet, sondern auch Mitglieder des Staatsapparates, die sich für einzelne Verurteilte oder gegen das »Blasphemie«-Gesetz in seiner Gesamtheit ausgesprochen hatten.

Die heute 47jährige Asia Noreen, weltweit bekannt als Asia Bibi, war als erste pakistanische Frau überhaupt im November 2010 zum Tode verurteilt worden. Die meisten veröffentlichten Fotos zeigen immer noch eine ganz junge Frau, die sie schon damals nicht mehr war. Asia Bibi gehört wie viele Angehörige der christlichen Minderheit Pakistans zum armen Teil der Bevölkerung. Sie, eine Landarbeiterin, und ihr Mann, ein Ziegeleiarbeiter, waren die einzigen Christen in ihrem Dorf. In die Maschinerie der Justiz geriet sie 2009 durch einen Streit mit anderen Arbeiterinnen. Diese hatten ihr vorgeworfen, sie habe als »Ungläubige« ein Trinkgefäß zum Wasserschöpfen durch ihre Benutzung »verunreinigt« und solle endlich zum Islam übertreten. In dem darauf folgenden Wortgefecht habe Bibi irgendwann »den Propheten beleidigt«.

Bibis juristische Versuche, das Urteil anzufechten, wurden jahrelang durch immer neue, an den Haaren herbeigezogene Verzögerungen blockiert. Erst am 31. Oktober wurde Bibi vom Obersten Gerichtshof freigesprochen. In Frage gestellt wurde das »Blasphemie«-Gesetz dabei nicht. Das Gericht vermerkte lediglich, dass die Aussagen der Zeuginnen teils widersprüchlich, teils nicht mehr vollständig aufrechterhalten worden seien. Die Angeklagte und Verurteilte sei, so das Urteil des Obersten Gerichtshofes, freizulassen.

Das geschah jedoch bis heute nicht. Statt dessen mobilisierten radikale islamistische Organisationen ihre Anhänger zu Straßenprotesten gegen das Urteil. Besonders aktiv zeigte sich die Organisation Tehreek-i-Labbaik Pakistan (TLP), die zum Generalstreik aufrief. Einige Gewerkschaften schlossen sich wahrscheinlich aus anderen, eher wirtschaftlichen Gründen an. Geschäfte schlossen, der Verkehr auf vielen Hauptstraßen kam durch Sitzblockaden, die als gemeinsames Gebet deklariert wurden, zum Erliegen.

Am 2. November unterschrieb die neue, erst seit Mitte August amtierende Regierung von Imran Khan ein Abkommen mit der TLP, dem sich auch andere islamistische Organisationen anschlossen. Hauptinhalt ist die Einstellung der Straßenproteste im Tausch gegen die Zusicherungen, dass erstens ein juristischer Widerspruch gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs zulässig ist und dass zweitens Asia Bibi bis zum Abschluss dieses

Verfahren nicht freigelassen werden darf. Bis zu diesem könnten aber nach Meinung von Experten noch mehrere Jahre vergehen.

Der Einfluss der pakistanischen Islamisten ist bei Wahlen in der Regel schwach. Zur Zeit sind sie nur mit 15 Abgeordneten im Unterhaus vertreten. Die Hauptkraft der Proteste gegen Bibis Freispruch, die TLP, ist gar nicht im Parlament präsent. Dennoch lähmt sie den gesellschaftspolitischen Kurs nicht zuletzt durch ihre Morddrohungen und alle Versuche, eine Liberalisierung des »Blasphemie«-Systems zu verhindern